

Marc Dierikx und Sacha Zala (Hg.)
When the Wall Came Down
The Perception of German
Reunification in International
Diplomatic Documents 1989–1990

(Quaderni di Dodis, 12), Bern, Diplomatic Documents of Switzerland, 2019, € 6,33 (print) / Open Access (E-Book)

Anlässlich des dreissigsten Jahrestages des Falls der Berliner Mauer widmet sich der zwölfte Band der *Quaderni di Dodis* der deutschen Wiedervereinigung von 1989 bis 1990. Archivdokumente aus elf Staaten auf drei Kontinenten illustrieren dieses monumentale Ereignis. Die vorliegende Dokumentenedition resultiert aus einer internationalen Zusammenarbeit von Herausgeberinnen und Herausgebern diplomatischer Dokumente, deren seit 1988 bestehendes Netzwerk 2013 mit der Gründung des International Committee of Editors of Diplomatic Documents (ICEDD) formalisiert wurde. Unter der Leitung der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis) waren Editorinnen und Archivare aus Deutschland, Grossbritannien, Israel, Kanada, den Niederlanden, Österreich, Polen, Russland, der Schweiz, der Türkei und den USA beteiligt. Resultat dieses internationalen Projektes ist eine faszinierende Sammlung

von diplomatischen Dokumenten, welche aus unterschiedlichen Perspektiven Schlaglichter auf den Weg hin zur deutschen Einheit werfen.

Die Einleitung der beiden Herausgeber bietet einen kurzen Abriss der Geschichte Deutschlands während der Nachkriegszeit und des Kalten Kriegs und verordnet die ausgewählten Dokumente knapp in den Ereignissen nach dem Fall der Mauer. Sie dient damit als Leitfaden für die Lektüre der Quellen. Nach einer Kurzzusammenfassung der einzelnen Dokumente folgen in chronologischer Ordnung selektionierte Telegramme, Briefe, Hintergrundberichte, Gesprächsprotokolle und Informationsnotizen. Für das Buch wurden die 63 Dokumente auf Englisch übersetzt. In der Datenbank dodis.ch finden sich ergänzend die Faksimile (in Originalsprache) sowie zusätzliche Dokumente und biografische Informationen zu erwähnten Persönlichkeiten.

Die Dokumente setzen im Herbst 1989 ein, als immer mehr ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger in Massenkundgebungen mehr Freiheiten forderten und in Scharen versuchten, die Deutsche Demokratische Republik (DDR) in Richtung Westen zu verlassen. Einen ersten Schwerpunkt des Buches bilden die internationalen Reaktionen auf den Entscheid der DDR-Regierung vom 9. November 1989, die Grenzübergänge nach Westberlin zu öffnen. Informationstelegramme ausländischer Diplomaten in Ostberlin und in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) an ihre Regierungen, politische Hintergrundanalysen sowie das Protokoll eines Telefongesprächs zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident George H. W. Bush vermitteln die Aufbruchsstimmung in Berlin und die Spekulationen über die Zukunft der DDR auf eindruckliche Weise (Dok. 6–22).

Wie die ausgewählten Dokumente zeigen, stand die Möglichkeit einer deut-

lichen Wiedervereinigung bereits früh im Raum. Sie konkretisierte sich schlagartig, nachdem Helmut Kohl am 28. November seinen Zehnpunkteplan vorlegte. Sein Angebot, das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten mit Wirtschaftshilfe an die DDR zu unterstützen, wenn Letztere dafür zu demokratischen und wirtschaftlichen Reformen bereit sei, wurde in der BRD weitgehend positiv aufgenommen, jedoch von der DDR-Führung kritisiert. Neben der unterschiedlichen Einordnung der Ereignisse in Deutschland geben die selektionierten Quellen insbesondere Einblick in die aussenpolitischen Prioritäten und Strategien einzelner Regierungen während des Wiedervereinigungsprozesses. So verdeutlichen sie beispielsweise die frühe Unterstützung der deutschen Einheit durch die Bush-Administration, die eng mit der BRD-Regierung zusammenarbeitete. Berichte von BRD-Vertretern fokussieren auf die Positionen anderer Regierungen und auf die Möglichkeiten, diese im Hinblick auf die Wiedervereinigung positiv zu beeinflussen (Dok. 21, 27–28, 32, 40).

Kohls Stufenplan zur Vereinigung Deutschlands stiess nicht nur auf Zustimmung. Zwar wurde das Selbstbestimmungsrecht der ost- und westdeutschen Bürgerinnen und Bürger weitgehend akzeptiert. Die internationalen Positionen zur Frage der deutschen Wiedervereinigung wurden jedoch von zwei Hauptbedenken geprägt. Erstens ging es um die Blockzugehörigkeit eines deutschen Einheitsstaates. In der Frage, ob das vereinigte Deutschland Mitglied der North Atlantic Treaty Organization (NATO) sein würde, vertraten die Supermächte und ihre jeweiligen Verbündeten entgegengesetzte Positionen. Der Widerstand gegen die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands dominiert denn auch die drei ausgewählten Dokumente aus der ehemaligen Sowjetunion (Dok. 42–43, 47). An diese Frage gekop-

pelt waren zweitens auch Bedenken, dass die Wiedervereinigung Deutschlands die Stabilität Europas gefährden könnte. Einige Regierungen fürchteten die Grösse und Wirtschaftsmacht des vereinigten Deutschlands und ein mögliches Neuerstarken des deutschen Nationalismus, was zu einem erneuten Drang nach territorialer Ausbreitung bis hin zu einem «Vierten Reich» führen könnte. Die Besorgnis um die Stabilität Europas führte denn auch dazu, dass Grossbritannien (Dok. 20, 29) in der Frage der deutschen Wiedervereinigung deutlich zurückhaltender war als die USA. Dasselbe gilt auch für Frankreich, dessen Position aus Berichten ausländischer Diplomaten hervorgeht (zum Beispiel Dok. 27). Da die politische und wirtschaftliche Lage in der DDR immer instabiler wurde, sprach sich deren Regierung ab Ende Januar 1990 ebenfalls für die Wiedervereinigung aus. Als ehemalige Besatzungsmächte nach dem Zweiten Weltkrieg spielten die USA, Grossbritannien, Frankreich und die Sowjetunion im Rahmen der sogenannten Zwei-plus-vier-Verhandlungen über die deutsche Einheit eine wichtige Rolle.

Ein zentraler Verdienst des vorliegenden Buches ist es, auch kleineren Akteuren eine Stimme zu geben. Aus den polnischen Dokumenten geht die Besorgnis hervor, eine Garantie für die Respektierung der aktuellen Grenze zwischen der DDR und Polen entlang der Oder und Neisse zu erhalten (Dok. 17, 23, 33, 63). Die Grenzfrage wartete seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf eine internationale Regelung. Die kanadische Regierung, welche Truppen in Westdeutschland stationiert hatte, versuchte, über die NATO Zugang zu den Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung zu bekommen (Dok. 37, 41). Holländische Botschaftsvertreter schickten ihrer Regierung lebhaft Schilderungen der Lage (Dok. 4, 15, 54). Für Österreich hatte die Stabili-

tät Europas erste Priorität (Dok. 10, 24). Türkische Vertreter informierten faktisch und hielten sich mit Interpretationen zurück (Dok. 11–12, 50–53). Die ausgewählten Dokumente aus der Schweiz beinhalten Lageanalysen und berichten über Kontakte mit ostdeutschen Botschaftsvertretern (Dok. 14, 36, 44, 46, 62). Israelische Diplomaten konzentrierten sich auf die bilateralen Beziehungen mit der DDR und machten die Anerkennung der Schuld für den Holocaust zur Bedingung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen – auch als die meisten anderen Regierungen bereits von der deutschen Einheit als Tatsache ausgingen (Dok. 3, 18, 26, 39, 45, 55). Am 1. Juli 1990 trat die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der DDR und der BRD in Kraft. Kurz darauf gab die sowjetische Führung unter Michail Gorbatschow ihren Widerstand gegen die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands auf, was den Weg für die Wiedervereinigung ebnete. Am 3. Oktober 1990, weniger als ein Jahr nach dem Fall der Berliner Mauer, war diese Realität. Die Bemühungen der Herausgeber, auch die Sichtweisen der Regierungen von Staaten wie Frankreich und Italien abzubilden, die an diesem Editionsprojekt nicht beteiligt waren, sind positiv hervorzuheben. Inwiefern die in den Quellen beobachteten nationalen Unterschiede die verschiedenen Interessen der Staaten widerspiegeln oder durch die Auswahl der Dokumente mitbedingt sind, wird hingegen nicht ganz klar. Die jeweiligen nationalen Herausgeberschaften scheinen nämlich bei der Selektion der Dokumente unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt zu haben. Aus diesem Grund wären zusätzliche methodische Anmerkungen wünschenswert gewesen. Diese hätten auch den Nichteinbezug von Dokumenten aus zentralen beteiligten Staaten wie etwa der ehemaligen DDR diskutieren können. Zudem hätte angesichts der rasanten po-

litischen Veränderungen und der Vielzahl von Standpunkten und Perspektiven eine vertiefte Kontextualisierung der Dokumente in der Einleitung oder in erklärenden Fussnoten einem breiteren Publikum den Zugang zu den Quellen wesentlich erleichtert. Nichtsdestoweniger handelt es sich um ein sehr gelungenes Editionsprojekt. Die vielseitigen Dokumente bieten einen spannenden Einblick in eine von Aufbruch geprägte Zeit und verdeutlichen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands keine Selbstverständlichkeit war. Angesichts der anhaltenden politischen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands ist dies von grosser aktueller Bedeutung.

Sabina Widmer (Lausanne)